



---

**BVB / FREIE WÄHLER • Jahnstraße 45 • 16321 Bernau**

**Büro Kreistag  
Am Markt 1**

**16225 Eberswalde**

**Bernau, den 26.02.2018**

## **Barnim sagt JA zu Tegel**

### **Beschluss**

Der Kreistag Barnim fordert den Landtag und die Landesregierung von Brandenburg auf, Änderungen am Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) dahingehend vorzunehmen, dass ein Weiterbetrieb des Verkehrsflughafens Berlin-Tegel (TXL) samt Linienflugverkehr und Pauschalflugreiseverkehr dauerhaft möglich bleibt.

### **Begründung**

Der Landkreis Barnim hat ein vitales infrastrukturelles Interesse an einem leicht und schnell erreichbaren Verkehrsflughafen. Die Nähe zum Flughafen Tegel war und ist mit ein Grund für die Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis. Gerade für die klein- und mittelständische Wirtschaft – wie sie für unseren Landkreis typisch ist – sind räumliche Nähe und Erreichbarkeit die entscheidenden Kriterien. Diese stehen deutlich vor dem Interesse an einem einzelnen großen Flughafen, wie es das derzeitige Singlestandortkonzept vorsieht.

Zugleich schätzen die Einwohner des Landkreises die bestehende gute Anbindung zum Flughafen Tegel und seine schnelle Erreichbarkeit. Gerade aus Barnimer Sicht erweist sich der Standort im Norden Berlins als eine Erleichterung für viele Reisende und wird von den allermeisten bevorzugt.

Angesichts der massiven Probleme am neu zu errichtenden Flughafen BER samt den milliardenschweren, den öffentlichen Haushalt des Landes treffenden Kostensteigerungen, der sich bereits jetzt abzeichnenden Kapazitätsengpässe und der erheblichen Schallbelastung für die Bewohner südlich von Berlin ist auch nicht davon auszugehen, dass der Flughafen BER die in ihn gesteckten Erwartungen jemals wird erfüllen können.

Daher ist es sowohl aus regionalpolitischer als auch wirtschaftlicher und verkehrsinfrastruktureller Sicht angezeigt, die Pläne zur Schließung des Standortes Tegel zu revidieren. Der erfolgreiche

Volksentscheid im Land Berlin vom 24.09.2017 gibt dem Land Brandenburg auch die Möglichkeit, gemeinsam mit der Bundeshauptstadt die nötigen Änderungen am LEP HR vorzunehmen.

Bei wichtigen, regional sehr relevanten Maßnahmen ist es angemessen, wenn sich kreisliche Vertretungen mit Forderungen an das Land wenden. Dies ist gängige Praxis und die Erfahrung zeigt, dass derartige politische Resolutionen in Potsdam Beachtung finden.

**Thomas Strese**